Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

20 Goldpfennig = 200 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonntag, 20. April 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 1783—85, 6980—88. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „Deutsche Zeitung" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. :::: Bezugspreis wöchentlich 1.— Goldmark. ::::

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 30 mm breite Millimeter-Zeile. Beurkundungen werden nach besonderem Tarif berechnet.

30. 4. 10 Nr. 187 200 Milliard.
63. Jahrgang.

Chlorodont für die Zähne

Regierung und Sachverständige.

Unterredung mit Marx und Dr. Luther.

Der Reichskanzler.

Der Reichskanzler äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten" über die Beweggründe, die zum Entschluß der Reichsregierung geführt haben, das Sachverständigengutachten als Grundlage der Mitarbeit an der Lösung der Reparationsfrage anzunehmen, etwa folgendermaßen:

Wenn sich die Reichsregierung nach eingehender Prüfung und sorgfältigen Erwägungen und nach einer gründlichen Aussprache mit den Präsidenten der deutschen Länder entschlossen hat, an der Lösung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Gutachtens der Sachverständigen mitzuarbeiten, so ist dafür ein Beweggrund hauptsächlich entscheidend gewesen: die Aussicht auf das besetzte Gebiet. Tatsächlich sind wir uns über die außerordentliche Schwere der Lasten, die unter Wolf in den nächsten Jahren zu tragen hat, vollkommen klar. Selbstverständlich bestehen gegen die Privatisierung der Reichsbahn, die Einführung einer finanziellen Kontrolle und die überaus scharfe Steuerbelastung berechtigte und triftige Einwände. Aber alles, daß es bedeutet, die sich beim Studium des Sachverständigengutachtens ergeben, und denen noch viele andere hinzugefügt werden könnten, müssen erwogen werden im Hinblick auf die erstrebte Erleichterung und Befreiung des besetzten Gebiets. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Bewohner des besetzten Gebiets bei der Unsicherheit des Reichs zu Reparationszahlungen in dem geforderten Ausmaße von Frankreich für alle Forderungen haftbar gemacht werden, daß man das besetzte Gebiet und seine Bewohner als Reparationspfänding gelten, an die die Pfänder gelegt wurde, um aus ihnen unter der Drohung der Sequester, unter dem Druck der Kriegsgerichte, unter der Last der gelamten französischen Militärherrschaft herauszupressen, was sich herauspressen läßt. Dieser entsetzlichen Lage, in der trotz allem Furchtbaren meine Landsleute am Rhein und Ruhr in ihrer Treue nicht wankend geworden sind, muß ein Ende gemacht werden.

Die Sachverständigen sagen ausdrücklich, daß sie nicht imstande sind, irgendwelche praktischen Mittel zur Sicherstellung einer dauernden Stabilität in Staatshaushalt und Währung zu finden und es für unmöglich erklärt haben, daß es bestimmte Mittel gibt, wenn nicht der gegenwärtige Zustand beseitigt wird, der Deutschlands Steuerhoheit und seine wirtschaftlichen Rechte in Teilen seines Gebiets beschränkt. Aus diesem Grunde sehen sich die Sachverständigen gezwungen, wie es wörtlich heißt: „davon auszugehen, daß die steuerliche und wirtschaftliche Einheit des Reichs wiederhergestellt wird." Sie sagen hinzu, daß auf dieser Voraussetzung ihr ganzer Bericht beruhe. Auf dieser Voraussetzung beruht auch die Zulässigkeit der deutschen Reichsregierung zu dem Gutachten der Sachverständigen. Die Wiederherstellung der steuerlichen und wirtschaftlichen Einheit des Reichs heißt: Beginn der Räumungen und der Volksfreie gestern wieder besetzten Gebiet, eine Abschwächung, die nicht nur wirtschaftlich uns ungeheuren Schaden getan hat, sondern die auch tatsächlich das deutsche Volk in zwei Teile zerriß, Wiederherstellung der Verkehrseinheit und Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit.

Aber die Sachverständigen gehen noch weiter. Sie sagen hinzu, daß, wenn auch die Fragen der Mitwirkungung außerhalb ihres Auftrages liegen, sie es doch für ihre Pflicht halten, zu erklären — ich zitiere wieder wörtlich —, daß ihre Vorschläge auf der Annahme beruhen, daß die wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andere fremde Organisation als die hier vorgeschlagene Ueberwachung behindert und beeinträchtigt wird. Folglich, so führen die Sachverständigen aus, beruht unser Vorschlag auf der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen, insoweit sie diese Tätigkeit behindern, rückgängig gemacht oder hinreichend abgeändert werden, sobald Deutschland zur Ausführung des vorgeschlagenen Planes schreitet, d.h. mit anderen Worten, daß die französische militärische Besetzung des Ruhrgebietes, um mit den Worten der Sachverständigen zu sprechen, rückgängig gemacht oder hinreichend abgeändert werden müßte.

Des weiteren hat nach den wiederholten Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten selbst die militärische Besetzung keinen anderen Zweck, als die Arbeiten der „friedlichen" Ingenieurkommission zu sichern und die Ausbeutung des produktiven Pfandes zu gewährleisten. Dieser ganze Begriff des produktiven Pfandes ist durch den Sachverständigenbericht in Wegfall gekommen. An Stelle des Rhein- und Ruhrgebiets als Reparationspfand sind die von den Sachverständigen geforderten Generalpfänder getreten, deren Annahme Rhein und Ruhr frei von dem auf ihnen bisland lastenden Druck machen muß. Das sind im wesentlichen die Gründe, aus denen sich die Reichsregierung entschlossen hat, auf den Boden des Sachverständigengutachtens zu treten. Die Regierung beweist durch ihren Entschluß, der, ich wiederhole es noch einmal, ihr sehr schwer geworden ist, daß es ihr ernst ist mit der Verständigung und Treue zu unseren Volksgenossen am Rhein und Ruhr, wie es mir persönlich stets als eine meiner höchsten und heiligsten Pflichten galt, für meine leidenden Landsleute am Rhein und Ruhr alles zu tun, was in meinen Kräften steht.

Der Reichsfinanzminister.

Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte dem Vertreter der Hearst-Presse in Berlin eine Unterredung, in deren Verlauf er sich u. a. folgendermaßen äußerte:

„Die Vereinigten Staaten haben der Welt einen großen Dienst erwiesen, indem sie, wenn auch nur inoffiziell, in die Gestaltung der Reparationspolitik eingegriffen haben. Der Bericht der Sachverständigen bezieht das Reparationsschiff, das zwischen gefährlichen Klippen hin und her pendelte, auf einen sicheren Kurs zu, der Aussicht auf eine friedliche Verständigung bietet. Ich lege besonderen Gewicht auf das Wort Aussicht, denn es sind barbarisch noch nicht alle Gefahrenpunkte überwunden."

Auf die Frage, in welcher Richtung er die Gefahren sehe, antwortete der Minister: „Ich sehe diese Gefahren besonders in politischer Richtung. Um das verständlich zu machen, muß ich mit einem Wort auf das Gutachten selbst eingehen. Es einschließlich das Gutachten die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge des Weltwirtschaftes erkennt, so habe ich doch die allererste Sorge, daß das Gutachten die deutsche Leistungsfähigkeit, auch wenn günstige Entwicklungsbedingungen eintreten, überschätzt. Mein Bestreben ist, daß Land und der Wiederaufbau unseres Lebens haben mir die Möglichkeit gegeben, diese Dinge recht klar zu sehen. Meine Ansicht ist, daß, wenn ich, wie ich es tun kann, ich mich für eine Wiederherstellung der Souveränität und der Wiedergewinnung